

Lutz Rackow

Februar 2013, - in Datei „Berichte“

## Abhauen oder bleiben ?

Vor dem Mauerbau haderten Hunderttausende DDR-Insassen jahrelang mit dieser Entscheidung

Nachbarn , Freunde , Bekannte, Kollegen, Mitschüler, sogar Familienangehörige waren von heute auf morgen – ohne Ankündigung und zunächst spurlos – verschwunden. „Republikflucht“ – ein Straftatbestand der DDR-Administration, nach dem bereits bei nur vermuteter Mitwisserschaft über die Vorbereitungen die Gebliebenen „ins Loch“ kommen konnten.. Also war bei Fluchtabsichten strenge Geheimhaltung geboten. Gegenüber Jedermann !

„Jeder Flüchtling ist ein Klassenfeind weniger ! So höhnten die Sprüchemacher Ulbrichts noch vor wenigen Jahren. Längst war dieser Ausdruck frecher Arroganz aufgegeben worden.. Damals rechneten die SED-Strategen wohl noch damit, durch massenhaften Abschub vor allem der noch immer besonders armen Flüchtlinge aus den Ostgebieten, die Bundesrepublik sozial überlasten zu können.

Tatsächlich verlor das deutsche Ost-Territorium indessen dadurch eher einen hoch motivierten Anteil leistungsfähiger Deutscher, die alsbald bestimmt keinen kleinen Anteil am „Wirtschaftswunder“ im Westen auf den Weg brachten.

In wenigen Jahren waren die Abwanderungen zu Flüchtlings-Strömen geworden. . Nach der Neu-Stalinisierung der DDR, Liquidierung des anfangs vermeintlich verheißungsvollen „Neuen Kurses“ nach 1953, hatten immer mehr Menschen im Osten „die Nase voll“ vom Ulbricht-Sozialismus. Von Anfang an war dieses Regime von der Bevölkerung nicht legitimiert worden. Niemals ! Die herrschenden Verhältnisse wurden mehrheitlich eher als institutionalisierter Übergriff empfunden, gegen den man sich allenfalls durch gewisse Verweigerungen wehren konnte. Wie waren die Methoden, denen die Bewohner ausgesetzt wurden ? In vieler Hinsicht ähnlich, wie im NS-Staat. Noch nicht vergessen war , wie jahrelang dunkle Gestalten in Ledermänteln - wie aus einer Gestapo-Garderobe - Mitbürger immer wieder mit staatlicher Macht überfallartig verschleppt hatten.. Sogar aus Westberlin. Wie Hassurteile durch Hilde Benjamin und Konsorten in Richterrobe im Stil von Roland Freissler und Stalins Blutrichter Wyschinski das Land terrorisierten . Konnte es nicht passieren, dass dieses Regime, bar vieler unentbehrlicher Bürgerfreiheiten und verlässlicher Sicherheiten , unter anderen Konstellationen wieder in die Barbarei der Stalinzeit zurückfiel ? Was dort den eigenen Bürgern massenhaft und systematisch über Jahrzehnte , sogar den eigenen Genossen, angetan worden war, das war ja als wirklich ungeheuerlich . Inzwischen allgemein bekannt geworden. Und solchen Risiken sollte man weiter ausgesetzt bleiben ? Da stand die historische Leistung des Russisch-ukrainischen Volks dem NS-Regime unter gewaltigen eigenen Opfern den letztlich entscheidenden Garaus gemacht zu haben,

keineswegs ausreichend beruhigend entgegen. Zwei Zwangsregime hatten sich bekriegt. Die Sieger konnten keine Freiheit bringen, weil sie selber keine besaßen.

So war gewissermaßen selbstverständlich, auch jede bisherige Wahl oder sonstige Abstimmung in Ostdeutschland ganz offensichtlich im Sinne des SED-Regimes gefälscht worden. Staatlich im Sinne der Besatzungsmacht wurde das ganze Land permanent gezwungen, bedroht, genötigt. Bis in alle Bereiche des Alltagslebens hinein. Schutz dagegen gab es nicht. So wie es der Fremdmacht Sowjetunion in permanenter systemimmanenter Kumpanei mit ihren ebenso willfährigen wie abhängigen Komplizen in den Kram paßte und es im „Heimatland aller Werktätigen“, der Sowjetunion seit Jahrzehnten zur Selbstverständlichkeit dieser Diktatur gehörte.

So hatte auch der Sowjetkommunismus ostdeutscher Machart zu keiner Zeit im Gebiet seiner vormundschaftlichen Machtausübung bei den Insassen des Gebiets eine nennenswerte, geschweige denn mehrheitliche Zustimmung gefunden.

Vielmehr verließen seit Jahren und verstärkt in den letzten Monaten vor dem Mauerbau schließlich die Flüchtlinge scharenweise den Osten unseres Landes gen Westen. Jedermann beobachtete das in seiner näheren Lebensumgebung, erfuhr das gesamte Ausmaß der Massenflucht aus den Sendungen von RIAS und SFB. Nunmehr auch über das Fernsehen mit Bildberichten aus dem Auffanglager in Berlin-Marienfelde. Eintausend, Zweitausend Menschen pro Woche - ganze Familien kamen über die innerdeutsche Grenze, die allein in Berlin noch offen war. Das Territorium östlich von Elbe und Werra entleerte sich allmählich immer mehr.

#### 1958 bedrohliche Chruschow-Ultimeaten

Seit 1958 stellte selbst der anfängliche Hoffnungsträger Chruschow wieder bedenkliche Ultimeaten zum Status von Berlin. Das ganze Westberlin, schon lange zum Pfahl im Fleische des aufgezungenen Pseudo-Sozialismus geworden, sollte an die Sowjet-Satelliten, die SED-DDR fallen. Drohungen gegen die einstigen West-Alliierten lagen auf dem Tisch. Die politische Zukunft der Stadt wurde unkalkulierbar. Wie lange würde es noch möglich sein, die Seiten, hinein in die Freiheit, zu wechseln?

Einst hatte Chruschow die schlimmsten Abscheulichkeiten der Stalin-Ära, in seiner berühmt-berüchtigten sogenannten Geheimrede vor dem XX. Parteitag der KpdSU, umfassend geächtet. Der Inhalt blieb nicht lange geheim. Nur in der DDR wurde er nicht veröffentlicht, aber dennoch jedem, der es wollte, so oder so bekannt. Chruschow hatte zwar inzwischen anscheinend in der UdSSR durchaus auch deutliche Abstriche an der früheren diktatorischer Praxis realisiert. Sich aber auch andererseits nicht gescheut, 1956 den ungarischen Freiheitskampf blutig nieder zu walzen, dort berüchtigte stalinistische Täter zu schützen, den undurchsichtige Janos Kadar an der Donau zu installieren. Wenn auch mit einigen Zugeständnissen, an die Entwicklung einer etwas liberaleren Lebensqualität. Die später den Ungarn die Positiv-Klassifizierung als „Lustigste Baracke im sozialistischen Lager“ einbrachte. Widersprüche, Hoffnungen und Enttäuschungen - Ungewißheit darüber, wie es weitergehen wird prägten das Stimmungsklima der Zeit in Ostdeutschland.

#### Ulbricht betreibt Neo-Stalinismus

Selbst im Ulbricht-Regime, wo inzwischen die innerparteilichen Oppositionellen eingeschüchtert, eingelocht oder kaltgestellt worden waren, kam es zu einer scheinbaren Distanz zum Ulbricht-Ziehvater Stalin. Aber immerhin ... Bei Nacht und Nebel verschwand sein Standbild aus der Ostberliner Straße seines Namens, die, ebenso heimlich, flugs in Karl-Marx-Allee umbenannt

worden war. Der neue ostdeutsche Eisen- und Stahlstandort neben Fürstenberg an der Oder , ziemlich standort-töricht (fern von Kohle und Erzen), wurde von StalinStadt zu Eisenhüttenstadt. Aber sonst ?

Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft war inzwischen mit den alten Methoden diktatorischer Überwältigung erbarmungslos verschärft, mit kriminellen Nötigungen durchgezogen worden. Selbst die erst vor wenigen Jahren unter dem Motto „Junkerland in Bauerhand“ auf zuvor enteigneten Böden angesiedelten Neubauern - viele aus den verlorenen Ostgebieten stammend - , wurden ihre paar Hektar zugewiesenes Ackerland und ihr bißchen Vieh wieder los. Und damit in zunehmender Zahl erneut zu Flüchtlingen. Ab in den Westen ! Viel hatten sie dazu noch nicht einzupacken. Aber auch alteingesessene Bauernfamilien, die mit weniger als 100 Hektar Ackerfläche bisher von Enteignungen verschont geblieben waren , lösten sich auf, verließen die ihren Familien seit Generationen gehörige Scholle.

Begleitet wurden alle solche brutalen Machenschaften tatsächlicher Vertreibung von sozialistischen Verheißungen, die inzwischen überhaupt niemand mehr ernst nahm. Immer wieder wurden hohle Parolen verkündet. Und alsbald wieder aufgegeben, wenn der Wind aus Moskau gedreht hatte. Gleichzeitig wurden die ignorante Arroganz der kleinen Funktionäre, gestützt auf Parteistrukturen, die regime-adäquate Bespitzelung und Denunziation immer lästiger und bedrohlicher.

In den Nischen enger

In den Schulen wurde die Indoktrination, die systematische Verfälschung von Geschichte und traditionellem sozialem Leben immer bösser. Immer mehr Eltern waren nicht mehr bereit , ihre Kinder diesen ideologisierten Bevormundungen auszusetzen. Mittelständische und kultur-stabile Denkweisen, traditionelles bürgerliches Denken und Verhalten wurden in Bausch und Bogen verleumdet. Nicht angepaßten Jugendlichen der Zugang zu höherer Bildung verbaut. Gleichzeitig wurde versucht einen primitiven Proletarier-Kult zu installieren. In den „Nischen“, in denen noch ein Rest von selbstbestimmtem Leben geführt werden konnte , wurde es immer enger. Die im permanenten Zwangsbündnis mit festgeschriebener SED-Dominanz in volle Abhängigkeit gezwängten, sogenannten Blockparteien ( CDU, LDPD, Bauernpartei und NDPD )erwiesen sich immer deutlicher als ausschließliche Aufsichtsinstanzen, über die regimefern orientierte Menschen. So eingebunden ließen sie wirksamer unter obendrein konspirativ organisierter Kontrolle gehalten werden . Und waren selbstredend intensiv mit Spitzeln durchsetzt.

Gleichzeitig war für Jeden, der es wissen wollte, völlig eindeutig, dass es in Westdeutschland mit der Freiheit der Bürger, mit Wohlstand und Selbstbestimmung , mit sogar weltweiter Freizügigkeit voranging. Die pauschale Anti-West-Propaganda der SED.DDR war schon lange total pleite. Niemand, der sich nicht absichtlich dem SED-Regime unterordnete, glaubte der Behauptung, Revanchisten und anderes angebliches machthabendes US- und NS-Gesinde wolle den Gutmenschen des Ostblocks kriegslüsternd an die Gurgel, das mühsam geschaffene Volkseigentum rauben.

Die zwangsweise Marxismus-Leninismus-Indoktrination an Schulen und Hochschulen wurde indessen von den Lehr-Opfern weitgehend abgeschüttelt , sowie die Prüfung vorbei war. Die Wirkung von in Milliarden Stunden von Ideologie-Seminaren vergeudeter Arbeitszeiten verpuffte. Niemand nahm die ideologischen, angeblich naturgesetzlichen Prognosen von der Verelendung der Arbeitermassen in der kapitalistischen Marktwirtschaft, angesichts des weltweiten Wohlstandes in den westlichen , demokratisch geordneten Industrieländern, auch nur ein wenig ernst.

## Lenins Händedruck reichte nicht

Die häufig neu formulierten Pseudo-Gesetze eines Sozialismus, den es ja in Wirklichkeit nirgendwo gab, wurden von jedermann, mehr oder minder unverhohlen, belächelt. Überhaupt nicht mehr als diskussionswürdig angesehen. Längst als Purer Polit-Unfug entlarvt. Wie z.B. die von Ulbricht verkündeten „10 Gebote des Sozialismus“. Diese paßten sogar der Moskauer Aufsicht nicht und verschwanden postwendend wieder im ideologischen Giftschränk der Abweichler. In Ideologie-Angelegenheiten wollten sich die führenden Genossen im Kreml wohl die Richtlinien-Kompetenz von ihrem Satrapen in Ostberlin nicht streitig machen lassen. Da half es auch nicht, wenn sich Ulbricht angeblich gelegentlich damit brüstete, als Einziger unter den derzeit noch aktiven Machern des Systems, dem Säulenheiligen der proletarischen Revolution, Lenin, die Hand gedrückt zu haben.

Oder das sogenannte Grundgesetz des Sozialismus „Maximale Befriedigung der ständig steigenden Bedürfnisse der Werktätigen auf der Basis der höchstentwickelten Technik“. Angesichts der täglichen Lebenserfahrungen mit der aussichstarmen Mangelwirtschaft: Ein Lacher aus der Parolen-Küche des SED-ZK.

## Kontrollen absichtlich lasch zwecks Kreml-Täuschung

Noch war die Passage nach Westberlin, geschützt durch den Viermächtestatus für das ganze Berlin, also alliiertes Recht, offen. S- und U-Bahn querten die Sektorengrenzen Tag und Nacht viele hundert Male. Die Sichtkontrollen an den letzten Ostbahnhöfen waren lascher, als es aus der Ferne der „tiefen DDR“ vermutet wurde. Wer indessen mit Sack und Pack, der kompletten Familie, mit allen Zeugnissen und anderen „Flucht-Indizien“ gestellt wurde, hatte keine Chance davonzukommen. Solche Flucht-Dilettanten wurden leicht der versuchten Republikflucht überführt. Mit allen harten Konsequenzen, die der Vormundschaftsstaat DDR dafür vorgesehen hatte sanktioniert: längere Haft, Vermögenseinzug, künftige Benachteiligungen aller Art, soziale Herabstufungen, und Einengungen, Kindesentzug – das ganze Rache-Programm des sowjetdeutschen Systems.

## Abwerbung ins Elend

Längst wurden die Abwanderer aus den SED-Ländern als Täter und Opfer systematischer Abwerbung stigmatisiert. „Der böse Westen locke die arglosen DDR-Bürger ins Elend., wolle auch sie schamlos ausbeuten“. Das war der Tenor der Parolen. Und solches hilflose Geschwätz wurde angesichts eines weitreichender Fernseh- und Rundfunkpräsenz westdeutscher und westberliner Sender weiter gebetsmühlenartig abgespult. Selbst im sogenannten „Tal der Ahnungslosen“, im Großraum Dresden, wo mit terrestrischen Antennen kein West-Fernsehempfang möglich war, blieben die pfiffigen Bewohner deswegen nicht hilflose Opfer des alltäglichen Systems von Lug und Trug. Propaganda-Parolen, wie „überholen ohne einzuholen“ verhießen baldiges „Weltniveau“. Angesichts der Wirklichkeiten machte die Häme daraus „abzusaufen ohne unterzugehen“. Schon für 1963, später 1980 und schließlich für 1990 wurden später durch ein neu erfundenes Politprogramm „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sozialistische Segnungen aller Art versprochen. Tatsächlich wurden allenthalben der galoppierende Verfall der Infrastrukturen, des noch vom Krieg hinaus einigermaßen verschonten Gebäudebestandes, der Verkehrsanlagen und Kulturlandschaften immer deutlicher. Sowjetische Besatzungstruppen in Kriegsstärke verwüsteten jahrzehntelang in riesigen Sperrgebieten ganze Landstriche. Wie lange sollte das noch weitergeben? Würde man als Dableiber alsbald hoffnungslos zum „DDR = „Der Dämliche Rest“ gehören?

Deshalb war die Frage „, abhauen oder bleiben ?“ insbesondere in der heißen Phase unmittelbar vor dem allenthalben geahnten Mauerbau immer mehr zum Dauerthema in Hunderttausenden von Familien, in vertrauten Kreisen, aber auch im stillen Kämmerlein der Singles geworden. Künftig keine Chance mehr zu haben, womöglich verstärktem Druck nicht mehr ausweichen zu können ? Eine unerträglich bedrohliche Aussicht ! Junge Männer fürchteten, demnächst einer Wehrpflicht, wie sie tatsächlich auch nach dem Mauerbau am 13. August 1961 alsbald eingeführt wurde, ausgesetzt zu werden. Der Gedanke im Interesse der nach wie vor aggressiven Weltmacht Sowjetunion als Söldner einer verachteten ostdeutschen Satellitensystems gegen die eigenen Landsleute in Stellung gebracht zu werden, war ihnen schlechthin abscheulich.

Vieles dafür und Einiges Dagegen

Wenn die Wohn- und Lebensverhältnisse 15 Jahre nach Kriegsende, Versorgung und Stadtkultur, Infrastruktur , weiterhin unzulänglich blieben, außer einer ohnehin zu kleinem, womöglich noch auffälligen Quartier keine Existenzqualität aufgeben wurde, fiel ein Weggang weniger schwer. Was hätte man im Westen inzwischen schon alles an Normalität erreichen können ? Wurde die eigene Leistungsfähigkeit womöglich dort viel besser bezahlt ? Gab es bereits aus dem früheren Umfeld Leute, die sich im Westen , gar in Übersee, gut etabliert hatten ? Oder Verwandte, die Starthilfe anboten ?

Immerhin kam man in der Bundesrepublik nach wie vor als gleichberechtigter Deutscher, sogar mit gleichwertigen Rentenansprüche gemäß bisheriger Tätigkeit im Osten , in die größere und deutlich stärkere Hälfte Deutschlands, brauchte dort keine Einbürgerung zu absolvieren. Die andauernde gemeinsame Staatsbürgerschaft für alle Deutschen hatten sich die Parteien in Bonn bis dato noch nicht abhandeln lassen. Sogar mit einem kleinen Lastenausgleich war womöglich noch zu rechnen, wenn die eigene Familie einst aus dem Osten vertrieben worden war. So etwas hatte die erste DDR-Verfassung 1949 zwar auch versprochen, aber nie eingehalten. Sondern mit einer späteren verordneten Neufassung des oktroyierten Regelwerks , sang- und klanglos unter den Tisch der neuen Zwei-Staaten-Ideologie fallen lassen. Ebenso wie eben das frühere Versprechen, weiterhin die Einheit Deutschlands, also eine Wiedervereinigung anzustreben.

Statt dessen sollte eine DDR- Nation mit einem dazu passenden Bewußtsein begründet werden .. Deshalb wurde auch der Text der DDR-Hymne nunmehr beiseite gelassen. Dieser Singsang mit dem Text des kommunistischen Nationaldichters der schwachen Versmaße, Johannes R. Becher, hatte ja noch wenige Jahre zuvor beschworen – inzwischen ideologie-widrig - , Deutschland als einig Vaterland. April, April. !

Kinder in diesem Staat ? – lieber nicht !

Und junge Paare, Familiengründer dieser Jahre, sollten sie sich angesichts so vieler geballter Ungewißheiten Kinder gönnen ? In diesen rundum verdächtigen Staat hinein mit seinen schon jetzt so vielen unerhörten Zwängen und gebrochenen Versprechungen ? Durften die eigenen Eltern allein gelassen werden ? Über Kriegs- und folgende Not- und Entbehrungszeiten hinweg hatten diese selbstlos für ihre Kinder gesorgt, von den eigenen Hungerrationen noch abgegeben. Die Lebensmittel-Rationierung war ja in Ostdeutschland gerade erst (1958 ) fast vollständig beendet worden. Und nun im Alter brauchten die Eltern womöglich die Unterstützung durch ihre Nachkommen, um mit den in der Heimat notorisch eingeschränkten Verhältnissen zurecht zu kommen Der „Rentner-Verkauf“ der SED durch streng reglementierte Übersiedlungen in den Westen begann ja erst nach dem Mauerbau.

Noch weitere schutzwürdige Bindungen waren für die ebenso verdrossenen wie ratlosen potentiellen „Abwanderer“ natürlich vielfältig. Auch an kirchliche Gemeinschaften, Sportvereine, das ganze vertraute soziale Umfeld. Und nicht zuletzt auch Besitz von Haus, Hof und Garten, die heimatliche Landschaft. Soweit privater Besitz bisher noch nicht enteignet, mitunter einfach weggenommen oder als Mietshaus in den Ruin getrieben worden war. Würde man das kleine Eigentum behalten können? Seit Anfang an war der SED-Staat bemüht sich den gesamten Grundbesitz im Lande letztendlich zu eigener Disposition zu verschaffen.. Auf vielfältige Weise war das unverhohlen als permanenter verdeckter Klassenkampf gegen jeden privaten Besitz oberhalb von Tisch und Bett allenthalben im Gange. Niemand sollte in der Lage sein, ein unabhängiges Leben aus eigenen Quellen, Besitz oder Ersparnissen zu führen. Der Spitzensteuersatz, dem die letzten, eher zufällig übrig gebliebenen Privatbetriebe unterworfen waren, bewegten sich irgendwo um 90%. „Kapitalbildung“ sollte gemäß ideologisch begründeter Bekundungen auf alle Fälle unterbunden werden.

Nur Handwerker profitierten zeitweilig von einer Schaukelpolitik zwischen Eingrenzung und Förderung. Als unentbehrliche Nothelfer, wenn es galt wieder eine neue Krise durch Zusammenbrüche in der Versorgungswirtschaft notdürftig zu mildern. Für Handwerker brachte das mitunter sogar Vorteile. Der allgemeine Mangel verschaffte ihnen auch direkten Zugriff auf Mangel-Materialien und dringend benötigte Leistungen. Durch Tauschwirtschaft ließ sich manches fingern. Aber sollte das so bleiben, war so etwas normal?

Staatlich räuberisch zugegriffen wurde natürlich total bei „Republik- Flüchtlingen“. Der Begriff – auch ein semantisches Eigentor. Einer Republik, dem Hort der Freiheit den Rücken zu kehren - als Straftatbestand. ! Solche der Republik Entkommenen wurden alles los, was sie nicht heimlich davontragen konnten. Etlichen gelang es im Zuge der Fluchtvorbereitung einiges Hab und Gut, soweit es in Koffer paßte, in Einzelaktionen nach Westberlin zu verbringen und dort irgendwo unterzustellen. Der Raub der Staatsorgane von Immobilien und beweglichem Eigentum aus Flüchtlingseigentum war ähnlich organisiert, wie etwa 20 Jahre zuvor durch das NS-Regime bei der Ausplünderung der Juden, die der NS-Staat anfangs noch aus Deutschland entkommen ließ.

Kalkuliert lasch kontrolliert um Moskau zu täuschen.

Die Zeit drängte ganz offensichtlich. Lange wurde diese DDR die zunehmende massive Abwanderung aus dem SED-Herrschaftsgebiet nicht mehr aushalten können. Gewiß war es inzwischen zur Hauptaufgabe des DDR-Botschafters in Moskau geworden, dort täglich (vormittags ab 9 Uhr) im ZK der KPdSU anzurufen und den dringenden Bedarf an einem „Eisernen Vorhang“, ohne Schlupfloch über Berlin, zu bekunden. Um den aufsichtsführenden Genossen deutlich zu machen, dass ihnen ihr geostrategisch unentbehrlicher Satellit ansonsten wohl alsbald durch Entvölkerung abhanden kommen würde.

Tatsächlich unternahm die SED nämlich in Wirklichkeit keineswegs alles, um den Flüchtlingsstrom durch verschärfte Kontrollen und andere durchaus mit dem bisherigen Berlin-Status der Aliierten vereinbare Maßnahmen zu stoppen. Sie wollte die Zuspitzung der Lage, um die Mauer von Moskau genehmigt zu bekommen. Die Sowjets also unter Handlungsdruck setzen. Das war ganz offensichtlich.

Die Kontrollen an der Sektorengrenze Ost:West blieben nämlich weiter lückenhaft. Der Autor dieses Textes fuhr, nach mehrjährigem Direktstudium in Westberlin, mit fast täglicher Grenzpassage, noch 1960 als Doktorand an der TU-Berlin-Charlottenburg vom Wohnort in Berlin-Ost mit seinem Wartburg-PKW gelegentlich durch das Brandenburger Tor. Nach bsprache mit den dortigen Grenzposten. Obwohl so etwas bereits seit einigen Jahren für ostberliener Kfz nach

einseitigen Regeln der Ost-Administration eigentlich nicht zulässig war. Nur die West-Autos und Motorräder durften nach Ost-Regelung hin und her unterwegs sein. Dieser Unterschied wurde einige Jahre zuvor durch die Ostbehörden in Verletzung des Berlin-Status – ohne Proteste der Westalliierten – etabliert. Aber auch nicht total und konsequent..

In der letzten Phase vor dem Mauerbau landete Ulbricht einen weiteren Coup zur Täuschung seiner Moskauer Aufsichts-Genossen. Um motorisiert anreisende potentielle Flüchtlinge an der Autobahn abzufangen, wurden an den Zufahrtsstrecken zur Stadt mobile Kontrollstellen eingerichtet. Dort mußten alle Nichtberliner mit Fahrzeugen entsprechender Kennzeichen Fragen nach dem Warum und Wohin beantworten. Mit Gepäckkontrolle. Fahrbegründungen, beispielsweise zu einem Ferienziel an der Ostsee oder in Mecklenburg-Vorpommern, Freunde und Verwandte in Ost-Berlin wurden als Fahrgründe akzeptiert. Natürlich. Das ganze Manöver war als Kontrollmaßnahme völlig sinnlos. Offensichtlich nur gestartet worden, um den Sowjets vor dem im Mai in Wien anstehenden Treffen zwischen Chruschtschow noch die für den Osten Unentbehrlichkeit eines Mauerbaus nachzuweisen. „Anders sei der Flüchtlingsstrom nicht mehr zu beherrschen – so klagten wohl die SED-Genossen ihren sowjetischen Vorgesetzten. Das sei aber notwendig, um einen modus vivendi zwischen Ost und West zu bewahren. An dem ja auch Kennedy interessiert sein müsse.

Wie der Öffentlichkeit seit 2012 durch US-Veröffentlichung der Gesprächsprotokolle aus dem Wiener Gipfeltreffen bekannt ist, kam es tatsächlich damals dazu, dass Kennedy die Teilungsabsichten Chruschtschows letztendlich hinnahm. Diese schien also nun auch dem USA-Präsident als unvermeidlich, um den weltpolitisch höherwertigen status quo zwischen Ost und West zu erhalten. Heute meinen Historiker, Kennedy sei ganz offensichtlich schlecht beraten und von Chruschtschow „eingewickelt“ worden.

Ich bin ein West-Berliner“

Was J.F-Kennedy bekanntlich nicht daran hinderte, 1963 vom Balkon des Schöneberger Rathauses in West-Berlin mit der spektakulären Formel „ich bin ein Bearleener“ eine wohl eher lyrisch zu verstehende Solidarität zu bekunden. Zu Berlin? Ehrlicher wäre es gewesen, sich als „West-Berliner“ zu bekennen. Der Kennedy Spruch stammte obendrein übrigens aus der Kladde des damaligen höchsten US-Beamten in Westberlin, Robert Lochner. Der hatte diese Propaganda-Floskel für seinen Präsidenten in phonetischem Ausdruck aufgeschrieben. Kennedy verstand wohl gar kein Deutsch. ( Mitteilung des Lochner bei einer Veranstaltung des Museums am Check-Point Charly im Juni 2002 )

Ostberlin war mit Kennedys Duldung des sowjetischen Vertragsbruchs zunächst endgültig den Sowjets als Manövriermasse überlassen worden. Am 13. August 1953 hatte übrigens der US-Präsident zu einer Segeltour in der Karibik abgelegt. Und zuvor angeordnet, auf keinen Fall während seines Törns durch Politik-Ärger behelligt zu werden. Auch laut Lochner.

Die folgenden massenhaften Verstöße der SED-Regierung gegen den formal weiter bestehenden Viermächte-Status wurden zwar noch von den drei Westmächten, ebenso formal, gerügt. Aber auch nicht mehr. So bezog die SED alsbald auch die Ostberliner vertragswidrig in die bald nach dem Mauerbau im DDR-Bereich erlassene Wehrpflicht ein. Dagegen blieb Westberlin gemäß Viermächtestatus weiter von einer Wehrpflicht zur Bundeswehr ausgenommen. Absurd! Was zur kumulativen Ansammlung von wehrunwilligen Bundesbürgern, vorwiegend in Kreuzberg und Neukölln, führte. Keimzelle für bis heute dort wuchernden Verweigerungs-Kulturen aller linker, auch chaotischer Provenienzen.

## Schallbomben und Salami-Taktik

Auch die späteren Attacken von Mig-Jägern der NVA mit Schallbomben auf die westberliner Kongresshalle an der Spree, als sich der Bonner Bundestag einmal - und nie wieder - wagte nach zuvor lauthals verkündeter Rechtsauffassung, eine Sitzung dort abzuhalten, war so ein Verstoß gegen die Viermächte-Verträge aus 1945. Praktische Salami-Politik Moskaus, wie sie jahrzehntelang all zu oft erfolgreich, vorher und danach, zuungunsten deutscher Freiheitsinteressen oder sogar Wiedervereinigungshoffnungen praktiziert wurde. Nachträgliche Bestätigung vieler Befürchtungen, die bis zum 13. August 1961 zum massenhaften Verlassen des Ostens Deutschlands motivierten

Andererseits blieb für Viele der Gedanke die liebe Heimat zu verlassen Heim und Hof zu verlieren, sich von den Verwandten und Freunden zu trennen, nachdem der fürchterliche Krieg opferreich überstanden war, ein neuer, wenn auch bescheidener Wohlstand erworben wurde, schier unvorstellbar.

So blieben Viele, die eigentlich weg wollten, schließlich doch. Und mit der Resthoffnung, dass sich das Bevormundungsregime mit der durch Mauer und Stacheldraht entstandenen vermeintlichen Bestandssicherheit für ihre Machtausübung, auch entspannen und damit liberalisieren, womöglich sogar demokratisieren und wirtschaftlich etwas saturieren würde. Das dauerte dann bekanntlich so lange, bis Michael Gorbatschow die permanenten Ost:West-Konfrontation des „kalten Krieges“ als weltpolitischen Unfug erkannte und zu überwinden suchte. Das ging nicht, ohne die Liquidierung des Satellitensystems als Methode internationaler Machtausübung. Seine Ideen von Glasnost und Perestroika mit der konspirativen Ermunterung von Befreiungsbestrebungen - wahrscheinlich unter der Drohung des eigenen Apparats, ihn daran zu hindern - brachte die historische weltpolitische Wende glücklich auf den Weg. Das wagte 1961 noch niemand zu hoffen.

Damals häuften sich erst einmal die Anzeichen für eine gewaltsame Trennung Berlins als nur noch einzige Pforte in den Westen. Bereits neuen Jahre früher, 1952 war zwecks Umgehung westberliner Wasserstraßen zwischen Nieder-Neuendorf /Henningsdorf und Paretz ein ansonsten eigentlich überflüssiger Kanal gegraben worden. Für die Eisenbahn war als Umgehungsstrecke um Westberlin der einstige sogenannte Güteraußenring im Süden der Stadt aufwendig ausgebaut worden. Anschließend gab es vor aller Augen einen umfangreichen, für den Normalbetrieb überflüssigen Ausbau des S-Bahnhofs Berlin-Friedrichstraße als Kopfbahnhof. Wozu, wenn nicht als Trennungsvorbereitung. ? Westdeutsche Journalisten, die ich damals auf diese eigentlich unübersehbare Vorgänge aufmerksam machte, blieben skeptisch. „Geht ja gar nicht“ war bei ihnen der Tenor.

## Mit (west-)deutschem Paß durch Europa

Andere Mitbürger in Ost-Berlin und rund um West-Berlin im Brandenburgischen, viele im Westen in Lohn und Brot, als Schüler und Studenten, Kino-Gänger, Konzert- und Theater-Abonnenten, Käufer und Touristen täglich im Westen unterwegs, hatten sich so an diese normale Freizügigkeit gewöhnt, dass ihnen eine gewaltsame völlige Trennung der Stadt mit Bruch des Viermächtestatus als schier unvorstellbar erschien. Nicht wenige hatten es seit Jahren sogar mehrfach riskiert, natürlich ohne Genehmigung der DDR-Administration ihres Wohnsitzes, sogar per 70-DM-Nachtflug nach Hannover Reisen über Wochen und Monate durch halb Europa zu unternehmen. Der Autor kam so als TU-Student bereits ab Mitte der Fünfziger nach Innsbruck, Zürich, Genf, Venedig, Rom, Neapel und an den Vesuv sowie zum Traumziel Capri. Für eine Dissertation für drei Monate nach Stockholm. Ohne dass die DDR-Behörden davon erfuhren. Wo ich überall natürlich auch schon auf die bekannt reiselustigen Sachsen traf. Auch sie mit dem Recht eines



deutschen Staatsbürgers in Besitz eines in Westdeutschland ausgestellte Deutschen Reisepässen und mit Jugendherbergs-Ausweisen versehen. Im Bewußtsein als Deutscher in Deutschland und über seine Grenzen nach freiem deutschen Recht reisen zu können .

Trügerische Hoffnung, nötige Eile.

Es gab übrigens mittlerweile sogar Ostberliner/-innen mit Beamtenstatus in Westberlin. Einer beriet sich mit mir. Meine Ansicht damals gemäß der zutage liegenden Plausibilitäten : wenn sie weg wollen, dann aber dalli! Das war im Juni 1961. Er war schon einige Zeit zuvor aus seiner Stellung als Hauptbuchhalter in einem großen Ostberliner VEB Kabelwerk, vormals Vogel, geflogen. Weil er einer Einladung des früheren Eigentümers in eine Kudamm-Gaststätte gefolgt war. Zusammen mit anderen Altbeschäftigten. Einer von diesen hat gespitztelt. Der Gemaßregelte besann sich seines Berufszeugnisses als Handelslehrer aus der Vorkriegszeit und fand problemlos beamtete Beschäftigung in Westberlin. Damit fühlte er sich irrtümlich vor Ostzugriffen sicher und meinte eine Stadttrennung könne ihn „als Beamten“ nicht treffen.

Eine Freundin in Freiberg/Sa wollte erst den dort begonnenen Stenografie-Kurs absolvieren, bevor sie sich – eventuell – auf die Socken zu machen gedachte. Auch ihr konnte ich erfolgreich zur Eile raten und beim Koffer- und Dokumenten –Transfer behilflich sein. In buchstäblich letzter Minute. Einer Büro-Nachfolgerin bei ihrem linientreuen Chef an der Bergakademie Freiberg schickte sie von Westberlin aus in Pflichtschuldigkeit noch eine ausführliche Arbeitsanleitung mit Terminen für die Kassierung der Gewerkschaftsbeiträge, der Essensgelder, der Informationen über Ferienplatz-Anrechte udgl. Da war die Grenze schon zugemauert. Für 29 Jahre.